

Naturschutz

1. Auflösung von Flächenkonkurrenzen

Formulierungsvorschlag

*„Um Zielkonflikte aufzulösen und eine effizientere Flächensteuerung zu gewährleisten, werden wir ein **Aktionsprogramm Fläche** entwickeln, das den unterschiedlichen Ansprüchen begrenzter Fläche an den Naturschutz, die Landnutzung, Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur oder den Wohnungsbau gerecht wird. Zudem werden wir einen **Bundesrahmenplan Grüne Infrastruktur** definieren, der den länderübergreifenden Biotopverbund fördert und die Qualität von Schutzgebieten verbessert.“*

Hintergrund

- Ziel ist, durch verschiedenen Maßnahmen (z.B. gesetzliche Anpassungen wie bspw. ein Naturflächen-Gesetz, aber auch nicht-gesetzliche Maßnahmen) die Verfügbarkeit insbesondere für den Naturschutz zu verbessern.
- Auflösung von Flächenkonkurrenzen bzw. die Verfügbarkeit von Fläche insbesondere für den Naturschutz erhöht die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

2. Naturschutzfinanzierung

Formulierungsvorschlag

*„Wir werden die internationale Biodiversitätsfinanzierung stärken und uns auf EU-Ebene für die Schaffung eines Naturwiederherstellungsfonds (Nature Restoration Fund) einsetzen. Auf nationaler Ebene führen wir die **Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung und Naturschutz** ein und stellen so die Naturschutzfinanzierung in Deutschland auf eine verlässliche Grundlage. Die Artenhilfsprogramme sowie das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz werden verstetigt und ausgebaut. Die bestehenden Förderinstrumente in der Landwirtschaft (z.B. die GAK und GAP) [und Fischerei] werden wir so ausrichten, dass sie die Umsetzung internationaler, europäischer und nationaler Gesetzgebung und Strategien unterstützt.“*

3. Digitalisierung und Daten

Formulierungsvorschlag

„Mit einem umfassenden und bundesweiten Datenportal für Unternehmen und Behörden werden wir den Zugang zu relevanten Umweltinformationen für Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Infrastrukturvorhaben erleichtern. Zusätzlich schaffen wir Doppelarbeit ab, in dem wir Daten aus anderen Vorhaben verfügbar machen.“

Hintergrund

- Wir verstehen unter einem umfassenden und bundesweiten Datenportal ein Geodatenportal, auf dem man sich Umweltdaten anzeigen und herunterladen kann, die entweder für die Flächenausweisung oder die konkrete Planung und Genehmigung von Vorhaben geprüft werden müssen. Zu den relevanten Daten zählen unter anderem sowohl Flächen- (Schutzgebiete;

Schwerpunkträume; Gebiete, die im Rahmen der Wiederherstellungsverordnung vorgesehen sind, etc.) als auch Punktdaten zu Brut-, Überwinterungs- und Rastvorkommen der potenziell betroffenen Arten.

- Im Gegensatz zu den bisherigen Initiativen in diesem Bereich, z. B. umwelt.info, braucht es keine Linksammlung zu einem der bereits bestehenden vielen verschiedenen Portalen, denn die Qualität und Ursprung der Daten, sowie Benutzeroberfläche sind so unterschiedlich, dass die Daten nicht miteinander vergleichbar sind und nur mit Aufwand miteinander verschnitten werden können. Stattdessen braucht es eine zentrale Sammlung mit direkter Darstellung der Daten. Dies würde Vorhabenträgern und Behörden die Planung und Genehmigung von Infrastrukturvorhaben erleichtern, insbesondere im Licht von neuen Regelungen, wie der REDIII.
- Für einen Aufbau eines solchen Datenportals wäre ein erster Schritt die gesetzliche Verpflichtung einer Institution ein solches Portal aufzubauen. Sie sollte einen konkreten Zeitplan/Fristen enthalten. Aus der Arbeit der zuständigen Institution könnten sich weitere notwendige gesetzliche Schritte ergeben (zur Vereinheitlichung von erhobenen Daten, Zugriff auf Länderportale, etc.).
- Bisher gab es Flächen, die im gleichen Jahr mehrmals von unterschiedlichen Gutachter*innen kartiert wurden, da in ihrer Umgebung mehrere Infrastrukturvorhaben geplant wurden. Andererseits ist vorgesehen, dass sich Betreiber inzwischen bei bestimmten Vorhaben (z. B. Windenergieanlagen in Windenergiegebieten) nur auf vorhandene Daten für die Genehmigung stützen. Um zu vermeiden, dass durch die veraltete Datenlage in den Behörden wichtige Artvorkommen übersehen werden und gleichzeitig nur wirklich notwendige Maßnahmen ergriffen werden müssen, kartieren viele Betreiber trotzdem weiterhin.
- Um solche Doppelarbeit zu vermeiden, bräuchte es (neben dem Datenportal) einen erleichterten Zugriff auf erhobene Daten aus anderen Verfahren. Mithilfe einer gesetzlichen Ergänzung könnte die Nutzung für andere Verfahren ermöglicht werden. Als Vorlage könnte die Ergänzung im BNatSchG, die im Zuge des Referentenentwurfs zur Änderung des Hochwasserschutzgesetzes enthalten war¹, genutzt werden. Die Möglichkeit der Nutzung war dort noch sehr restriktiv. Die Nutzung sollte für einen echten Mehrwert einfacher und niedrigschwelliger ermöglicht werden.

4. EU-Natur-Wiederherstellungsverordnung (W-VO)

Formulierungsvorschlag

„Wir unterstützen die Länder bei der Umsetzung der EU-Naturwiederherstellungsverordnung und werden die Instrumente, die die Umsetzung unterstützen können, entsprechend ausrichten.“

Hintergrund

- Siehe auch Kap. zu „Naturschutzfinanzierung“
- NRL: Paradigmenwechsel im Naturschutz
- ggf. starkes Bekenntnis zum NRL; ebenso Bekenntnis zu internationalen, europäischen und nationalen Abkommen & Strategien (z.B. Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework; EU-Biodiversitätsstrategie; Nationale Biodiversitätsstrategie)
- Ausrichtung bestehender Instrumente, z.B. Förderinstrumente wie GAK oder GAP

5. Meeresraumordnung, Windenergie auf See & Meeresschutzgebiete wirksam machen

Formulierungsvorschlag

„Wir schreiben die marine Raumordnung nach Ökosystemansatz in Nord- und Ostsee mit unseren europäischen Partnern fort. Mit einer grenzübergreifenden Landschaftsplanung lösen wir Flächenkonkurrenzen auf, entwickeln nachhaltige Konzepte der Mehrfachnutzung und bringen die Interessen der Wirtschaft und des Meeresnaturschutzes zusammen. Der Ausbau der Windenergie auf See erfolgt stufenweise und nach ökologischen Kriterien. Ein europäisches System des Stromertrags löst nationale Kapazitätsziele ab. Wir stärken die Widerstandskraft der Meere und machen Meeresschutzgebiete zu echten Rückzugs- und Ruheräumen. Mindestens 10 Prozent der deutschen Nord- und Ostsee werden entsprechend der EU-Biodiversitätsstrategie streng geschützt, auf 20 Prozent ergreifen wir Maßnahmen der Wiederherstellung.“

Hintergrund

- Die Meeresraumordnung (MRO) ist das zentrale Instrument, um Flächenkonkurrenzen im Meer aufzulösen und den Schutz von Nord- und Ostsee mit einer nachhaltigen Entwicklung Deutschlands und Europas zusammenzubringen. Unter ihrem Dach können Klima- und Naturschutz mit den wachsenden Flächenbedarfen der Energiewende und der maritimen Wirtschaft austariert werden. Daher braucht es eine Teilfortschreibung des Raumordnungsplans von 2021, nicht zuletzt, weil sich die sicherheitspolitische Lage in Europa, damit die Anforderungen an den Schutz maritimer Infrastruktur verändert haben und naturschutzrechtliche Anforderungen durch die europäische Wiederherstellungsverordnung hinzugekommen sind.
- In der Anwendung eines grenzübergreifenden Ökosystemansatzes können Nutzungsinteressen dorthin verlagert werden, wo die ökologischen Auswirkungen und die Notwendigkeiten der Kompensation am geringsten sind. Konfligierende Interessen können entzerrt, Mehrfachnutzungskonzepte entwickelt werden. Neben einer Zusammenführung europäischer Raumordnungspläne und der für das Küstenmeer, sollte das etablierte Instrument der Landschaftsplanung (§9 BNatSchG) für die AWZ angewendet werden.
- Die Meere sind Verbündete in der Bekämpfung der Klimakrise und die Offshore-Windenergie ist zentraler Baustein der Energiewende. Gleichzeitig mehren sich die Erkenntnisse, dass der ökologische Fußabdruck erneuerbarer Energien im stark belasteten Ökosystem Meer zu groß ist. Während Seevögel und Meeressäugetiere ihren Lebensraum dauerhaft verlieren, verändern sich ganze Ökosysteme in Nord- und Ostsee.
- Um den wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung zu tragen, sollte bei der Ausweisung und Bebauung von Flächen die ökologischen Belastungsgrenzen und der tatsächliche Stromertrag im Fokus stehen. Formuliert Kapazitätsziele für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone sind zu prüfen und Ausbaupläne der Nord- und Ostsee – von der Flächensicherung bis zur Netzanbindung - stärker als bisher mit den EU-Nachbarstaaten zu koordinieren. Das gilt auch für die Entwicklung strategischer Kompensationsmaßnahmen und grenzübergreifender Artenhilfsprogramme. Meeresschutzgebiete sollen frei von jeglicher Windkraft bleiben. Qualitative Kriterien im Ausschreibungsdesign, mehr technische Innovationen bei Minderung und Vermeidung von negativen ökologischen Auswirkungen sowie eine Qualitätsoffensive der Genehmigungen unter Beibehaltung bewährter Umwelt- und Artenschutzprüfungen sind essenziell. So bleibt die Natur Partner der Energiewende.

- Der steigenden Nutzungsdruck in Nord- und Ostsee erfordert eine Aufwertung des Meeres-schutzes. Ökologisch unverzichtbare Flächen im Meer sollen geschützt und die marinen Öko-systeme widerstandsfähig werden. Die Auswahl streng zu schützender Flächen nach EU-Bio-diversitätsstrategie soll nach ökologischen Kriterien erfolgen und die Flächen über das Bun-desnaturschutzgesetz und das Raumordnungsgesetz rechtlich gesichert werden. So können notwendige Maßnahmen schnell und ressortübergreifend umgesetzt werden. Der überwie-gende Teil (>50%) von Schutzgebietsflächen soll ungestört bleiben.
- Der Schutz der Artenvielfalt, die Stärkung natürlicher Kohlenstoffsinken und notwendige Maßnahmen der Klimaanpassung und des Küstenschutzes gehen bei der Wiederherstellung mariner Biotope und Funktionen Hand in Hand. Um degradierte Salz- und Seegraswiesen, Al-genwälder, Riffe und wertvolle Schlickgründe aufzuwerten, sollte ein Wiederherstellungsplan Meer als Teil des umfassenden nationalen Wiederherstellungs-plans erarbeitet werden.